

Wahlperiode 2019/2020

29.10.2019

**Antrag
des Allgemeinen Studierendenausschusses und der Liste gegen
Antisemitismus**

Geschichtsrevisionismus unsagbar machen!

Das Studierendenparlament wolle beschließen:

»Ich werde es nicht bedauern, diese Welt zu verlassen. Dass wir heute in so einer Welt leben mit dem Antisemitismus und Leuten die sagen, dass der Holocaust nur eine Erfindung war. Ich persönlich habe keine Zukunft mehr. Zukunft werde ich haben dort. Ich werde nicht die Hölle haben, die Hölle war hier.«

Leokadia Szlak, verbrachte 63 Monate in Auschwitz und Dachau; lebt in Israel

Die Studierendenschaft der Universität Hamburg verurteilt Antisemitismus und Rassismus. Gerade in Zeiten einer immer stärker werdenden rechtsradikalen Bewegung, wieder sagbaren Antisemitismus, dem Anstieg rassistischer und antisemitischer Gewalt oder weiteren Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, ist es unabdingbar, ein starkes Zeichen gegen Geschichts-revisionismus zu setzen!

Die Novemberpogrome, die nicht zuletzt auch auf dem Gelände der heutigen Universität Hamburg stattfanden, liegen in diesem Jahr 81 Jahre zurück und faschistische Gedanken werden wieder offener geäußert. In jenem Land, in dem Synagogen brannten, Menschen in Konzentrationslager deportiert wurden und das in seiner nationalsozialistischen Verblendung den Zweiten Weltkrieg begann, brennen heute Geflüchtetenunterkünfte, Menschen werden aufgrund ihrer Religion an-gegriffen oder vom Staat unterhalb jeglicher Menschenwürde behandelt und eine Partei mit einem extrem nationalistischen Programm feiert einen Wahlsieg nach dem anderen, während ihr Wegbereiter, ein Hamburger Professor, sich selbst als Opfer einer linksgrünen Verschwörung inszeniert.

In Halle hat außerdem erst kürzlich einer der schlimmsten antisemitisch und rassistisch motivierten Anschläge der letzten Jahre stattgefunden, bei dem zwei Menschen ermordet wurden und das geplante Massaker an der jüdischen Gemeinde nur durch eine Holztür verhindert wurde. Gleichzeitig greift der autokratisch-faschistische Herrscher der Türkei seit einigen Wochen das basisdemokratische, feministische und sozial gerechte Rojava an und führt Massaker an der Zivilgesellschaft durch.

Zu all diesen Themen blamiert sich die deutsche Politik auf ganzer Linie. Wenn überhaupt, so sind von ihr nur hohle Phrasen zu hören, während sie zugleich sowohl die AfD als geistige Brandstifter hinter dem Anschlag von Halle und ähnlichen Begebenheiten weiter hofiert und mit türkischen Rechtsradikalen und Islamisten zusammenarbeitet, also jenen, die geschlossen hinter Erdogans faschistischem Regime stehen.

Um sich dem Voranschreiten rassistischen, antisemitischen und rechtsradikalen Gedankenguts entgegenzusetzen bedarf es einer angemessenen Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit und insbesondere mit den Verbrechen des Nationalsozialismus, für die der 9. November sehr bildlich steht.

Hamburg, den 29. Oktober 2019

gez. Silas Mederer